

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

27. Jahrgang

Berlin, den 18. November 1960

Nummer 47

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1961

### Weltwirtschaft

Das internationale Konjunkturbild hat sich im Laufe des Jahres 1960 zunehmend differenziert. Seit Jahresmitte stehen die Vereinigten Staaten von Amerika wiederum in einer Phase konjunktureller Abschwächung. In den privatwirtschaftlichen Bereichen sind bisher keine Kräfte erkennbar, die zu einer baldigen Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit beitragen könnten. Zwar werden die Aufwendungen der Öffentlichen Hand, die schon seit einiger Zeit verstärkt zunehmen, auch im kommenden Jahr ihre steigende Tendenz beibehalten; doch dürfte dies nicht ausreichen, die kontraktiven Kräfte zu überwinden. Die künftige wirtschaftliche Entwicklung wird unter diesen Umständen von den wirtschaftspolitischen Entscheidungen der neuen Regierung bestimmt werden. So wird sich ein weiterer Einbruch in den nächsten Monaten zwar kaum vermeiden lassen, doch wird dank der Wirkungen der zu erwartenden Maßnahmen voraussichtlich die zweite Jahreshälfte 1961 einen neuen Anstieg der USA-Wirtschaft bringen.

In Europa überwiegen Ende 1960 nach wie vor die Auftriebstendenzen; allerdings sind stärker ausgeprägte Unterschiede der konjunkturellen Kräfte in den einzelnen Volkswirtschaften und den verschiedenen Wirtschaftsbereichen vorhanden. Die Auftriebstendenzen stützen sich auf eine lebhaftere Investitionstätigkeit und einen bei steigenden privaten Einkommen wachsenden Verbrauch, der allerdings teilweise an dem Bereich der dauerhaften Konsumgüter vorbeigeht. Da für die meisten europäischen Volkswirtschaften das zentrale Problem längerfristig in der Überwindung der Arbeitsmarktengpass liegt, ist auch für 1961 mit einer anhaltend regen Investitionstätigkeit zu rechnen, die zudem Impulse aus den europäischen Integrationsbestrebungen erhält. Für den europäischen Raum insgesamt gesehen dürfte auch im kommenden Jahr ein wenn auch verlangsamtes wirtschaftliches Wachstum gesichert sein.

Der zwischenstaatliche Warenaustausch spiegelt die widerspruchsvollen konjunkturellen Tendenzen wider. Dabei hat die verstärkte Hinwendung der amerikanischen Wirtschaft auf die Auslandsmärkte in durchaus erfreulicher Weise auf die Intensivierung des internationalen Konkurrenzkampfes und damit auf die Stabilisierung der Preise für Industrieerzeugnisse hingewirkt. Die internationalen Warenmärkte waren erneut einem Preisdruck ausgesetzt, der für die überwiegend Rohstoffe erzeugenden und exportierenden Länder eine Schmälerung ihrer Ausfuhrerlöse verursachte. Auch das Jahr 1961 wird durch einen eher verschärften internationalen Wettbewerb charakterisiert sein; immerhin dürften die Exportchancen der

Industrieländer, in erster Linie für Investitionsgüter, auch im kommenden Jahr als günstig anzusprechen sein, zumal auch die Entwicklungsländer ihre Bemühungen um den Ausbau ihres Produktionsapparates vorantreiben werden.

Was die deutsche Außenwirtschaft anbelangt, so dürften die Einfuhren der Bundesrepublik bei insgesamt kaum veränderten Preisen 1960 relativ und absolut etwas stärker zunehmen als die Ausfuhren, so daß der Handelsbilanzsaldo gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgehen wird. Demgegenüber dürfte die Dienstleistungsbilanz 1960 mit einem geringeren Passivsaldo als 1959 abschließen. Einschließlich des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit West-Berlin und der SBZ wird der in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingehende Außenbeitrag 1960 stärker hinter dem Überschuß von 1959 zurückbleiben.

Bei der Beurteilung der Außenhandelsentwicklung für das Jahr 1961 ist davon auszugehen, daß bei allerdings geringerem gesamtwirtschaftlichen Wachstum die konjunkturelle Situation in der Bundesrepublik verstärkte Einfuhren begünstigen, gleichzeitig aber die Angebotselastizität der Exportwirtschaft alles in allem kleiner als 1960 sein wird. Gemessen an der Steigerung des Bruttosozialprodukts dürften die Einfuhren im Vergleich zu 1960 weiterhin stärker zunehmen als die Ausfuhren. Der Gesamtüberschuß der Leistungsbilanz wird wahrscheinlich — wie auch wünschenswert — zurückgehen, zumal dann, wenn die Bundesrepublik einen Beitrag zum Unterhalt der auf ihrem Gebiet stationierten Truppen leisten sollte.

### Sozialprodukt

Mit zunehmender Verknappung der Arbeitskräfte wird die Entwicklung des Sozialprodukts in der Bundesrepublik immer deutlicher von der Steigerung der Produktivität getragen. Bei dem heutigen hohen Stand der Investitionstätigkeit sichern Ausweitung und Intensivierung des Anlagevermögens — günstige Kapazitätsausnutzung vorausgesetzt — allein eine jährliche Zunahme des realen Sozialprodukts um etwa 4 bis 5 vH. Dieser Satz wurde im vergangenen Jahr im Zuge der ungewöhnlichen raschen Produktionsausweitung sogar deutlich übertroffen. Im zu Ende gehenden Jahr 1960 dürfte allein die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts je Erwerbstätigenstunde — der „Produktivität“ — erneut bei reichlich 5 vH liegen. Da gleichzeitig auf Grund von Sondereinflüssen das „Arbeitsvolumen“ — errechnet aus den Komponenten: Zahl der Arbeitstage, Zunahme der Erwerbstätigen und Entwicklung der täglichen Arbeitszeit — den Stand des Vorjahres um mehr als 2 vH übertreffen wird,

kann 1960 mit der — sehr hohen — realen Wachstumsrate des Sozialprodukts von 7,5 vH gerechnet werden. Der nominale Wert des Bruttosozialprodukts liegt nach ersten Schätzungen 10,5 vH über dem Stand des Vorjahres.

Dieses Wachstumstempo kann im Jahre 1961, für das im folgenden eine Vorschätzung gegeben wird, nicht eingehalten werden. Für beide hier unterschiedenen Hauptkomponenten der Sozialprodukt-Entwicklung — Arbeitsvolumen und Produktivität — läßt sich bereits heute sagen, daß die Steigerung von 1960 nicht erreicht werden kann. Die Altersstruktur der westdeutschen Bevölkerung läßt 1961 kaum noch eine Vermehrung der ansässigen Erwerbspersonen zu. Ein gewisser Ausgleich ist auf Grund weiterer Zuwanderung (Flüchtlinge, ausländische Arbeitskräfte) zu erwarten, allerdings wird die Zahl der 1960 zur Verfügung stehenden Arbeitstage im kommenden Jahr nicht erreicht. Alles in allem kann mit einer Ausweitung des Arbeitsvolumens um 0,5 vH gerechnet werden.

Komponenten der Sozialprodukt-Entwicklung  
Zuwachsraten in vH

Bezeichnung	1958	1959	1960	1961
Arbeitsvolumen . . . . .	- 0,7	+ 0,6	+ 2,2	+ 0,5
Arbeitstage . . . . .		+ 0,1	+ 0,3	- 0,3
Erwerbstätige . . . . .	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,9	+ 0,3
Tägliche Arbeitszeit . . . . .	- 1,6	- 0,8	.	.
Produktivität <sup>1)</sup> . . . . .	+ 3,5	+ 5,7	+ 5,2	+ 4,5
Reales Bruttosozialprodukt . . . . .	+ 3,2	+ 6,4	+ 7,5	+ 5
Preisentwicklung . . . . .	+ 3,6	+ 1,7	+ 2,8	+ 3
Nominales Bruttosozialprodukt . . . . .	+ 6,8	+ 8,2	+ 10,5	+ 8

<sup>1)</sup> Reales Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigenstunde.

Die Produktivitätszunahme wurde in der beigegeführten Tabelle mit 4,5 vH angesetzt. Eine Modellanalyse der Zusammenhänge zwischen Vermögensbestand, Zu- und Abgänge von Anlagen sowie Kapazitätsnutzung im Jahre 1961 läßt diese Annahme als real erscheinen. Somit kann im Jahre 1961 eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts von insgesamt 5 vH erwartet werden. Da der Preisauftrieb sich im Lauf des nächsten Jahres etwas verstärken wird (beim privaten Verbrauch ist kaum wiederum mit stark kompensierenden Wirkungen der Agrarpreise zu rechnen, der öffentliche Verbrauch wird 1961 erneut mit Gehaltsaufbesserungen belastet werden, und für die Gesamtheit der Investitionen muß angenommen werden, daß die bisherige Preisentwicklung anhält), stellt sich der Schätzwert für die Zunahme des nominalen Bruttosozialprodukts im Jahre 1961 auf reichlich 8 vH.

Auf der Entstehungsseite wird die für 1961 erwartete schwächere Zunahme des Sozialprodukts vornehmlich die produzierenden Bereiche betreffen. Die von der Zahl der Arbeitstage ausgehenden und auf den Umfang der Produktion 1961 negativ wirkenden Einflüsse sind hier stärker als in anderen Bereichen, und 1961 kann alles in allem nicht mehr — im Gegensatz zu 1960 — auf Kapazitätsreserven zurückgegriffen

werden. Die Zuwachsraten werden sich daher in diesem Bereich wieder dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt angleichen.

Auf der Verwendungsseite dürfte sich dagegen 1961 die Abschwächung des Jahreszuwachses relativ gleichmäßig auf alle Verwendungsbereiche verteilen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Strukturverschiebung in Richtung stärkerer Vermögensbildung (Investitionen, Außenbeitrag), die für 1960 charakteristisch ist, weiter anhält. Zwar ist weiterhin mit überproportionaler Zunahme der Investitionen — und damit einer abermaligen ins Gewicht fallenden Erweiterung der Kapazitätsgrenzen — sowie der Ausfuhr zu rechnen, doch dürfte die noch stärkere Steigerung der Einfuhren mit der Folge sich verringernder Ausfuhrüberschüsse ebenfalls anhalten.

Zur Festigung der erreichten Verwendungsstruktur des Sozialprodukts wird ferner beitragen, daß privater und öffentlicher Verbrauch zwar im Vergleich zum Vorjahr schwächer, jedoch relativ — gemessen an der zu erwartenden Ausweitung des Angebots — eher stärker als im gegenwärtigen Ausmaß expandieren werden.

Die Höhe des privaten Verbrauchs wird entscheidend von der Entwicklung der Arbeitnehmer- und Sozial-einkommen einerseits, der Sparquote andererseits bestimmt. Unter der Annahme anhaltender individueller Lohnsteigerungen im Ausmaß des Jahres 1960 wird die Nettolohn- und Gehaltssumme als Folge geringerer Zunahme der Beschäftigten sowie stärkerer Steuerbelastung zwar weniger als bisher steigen. Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird jedoch ausgleichend durch höhere Zunahmen bei den Sozialeinkommen (Kriegsopferversorgung, Pensionen, evtl. Kindergeld) gestärkt. Eine Annahme über die Sparquote ist schwer zu treffen; doch ist fraglich, ob das Fallen der Sparquote bereits 1961 zum Stillstand kommt<sup>1)</sup>. Die Zunahme des privaten Verbrauchs ist im Rahmen der Vorschätzung daher mit knapp 8 vH anzusetzen; sie liegt damit nur noch wenig unter dem Wachstum des Sozialprodukts.

Im öffentlichen Verbrauch werden die expansiven Kräfte, die die Entwicklung 1960 bestimmen, auch 1961 wirksam bleiben. Weitere Gehaltsaufbesserungen, die vornehmlich die Ausgaben für zivile Zwecke ansteigen lassen, sind bereits beschlossen worden oder stehen an. Im militärischen Sektor muß weiterhin mit einer Zunahme des Verbrauchs in der Größenordnung von 2 Mrd. DM gerechnet werden.

### Industrie

Die Produktion der westdeutschen Industrie, die 1959 um 7 vH zugenommen hatte, wird 1960 die des Vorjahres um etwa 11 vH übertreffen. Im ersten Halbjahr 1960 war die Wachstumsrate mit 13 vH erheblich höher; im Laufe des Jahres nahm sie kontinuierlich ab, so daß für das zweite Halbjahr mit einem Zuwachs in

<sup>1)</sup> Zu den Ursachen vgl. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 3. Heft, 1960, S. 244.

Verwendung des Bruttosozialprodukts 1958 bis 1961 \*) Bundesgebiet ohne Saarland

	1958	1959	1960	1961	1959	1960	1961
	in Mrd. DM zu jeweiligen Preisen				Zuwachsraten in vH		
Privater Verbrauch . . . . .	184,9	144,6	157,6	170	7,2	9,0	8
Öffentlicher Verbrauch . . . . .	30,8	34,0	38,4	42,5	10,4	12,9	10,5
Zivile Zwecke . . . . .	24,6	26,1	28,4	30,5	6,1	8,8	7,5
Militärische Zwecke . . . . .	6,2	7,9	10,0	12	27,4	26,6	20
Anlageinvestitionen . . . . .	50,4	57,2	65,8	73	13,5	15,0	11
Bauten . . . . .	24,5	28,9	33,4	37	17,6	14,8	11
Ausrüstung . . . . .	25,9	28,3	32,4	36	9,3	15,3	11
Lagerbildung . . . . .	3,3	2,7	4,0	4	-19,0	50,0	0
Ausfuhr . . . . .	55,3	61,9	70,0	77	11,9	13,1	10
Güterverwendung, gesamt . . . . .	274,7	300,4	335,8	366,5	9,4	11,8	9
abzögl. Einfuhr . . . . .	46,5	53,4	62,8	71	14,8	17,6	13
Bruttosozialprodukt . . . . .	228,2	247,0	273,0	295,5	8,2	10,5	8

\*) 1958/59 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, 1960/61 Vorschätzung des DIW.

der Größenordnung von 8 bis 9 vH zu rechnen ist. Dieser Abstand zur Vorjahreserzeugung dürfte sich im Durchschnitt des kommenden Jahres nicht mehr wesentlich verringern. Sowohl nach der bereits bekannten und für das nächste Jahr relevanten Auftragsentwicklung als auch nach der aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu bestimmenden Nachfragesituation im Jahre 1961 scheint von der Nachfrageseite her dieser Produktionszuwachs gesichert zu sein.

Unter den Industriebauptgruppen werden die Produktions- und Investitionsgüter erzeugenden Bereiche zwar weiterhin den größten Teil des Zuwachses der Gesamterzeugung auf sich vereinigen, jedoch werden die Zuwachsraten gegenüber den in diesem Jahr erreichten (4 bis 15 vH) merklich abnehmen, und zwar weniger bei den Investitionsgüterindustrien als vor allem bei den Grundstoffindustrien. Mit einem erheblichen Wachstum der Eisen- und Stahlerzeugung ist kaum mehr zu rechnen; die Produktionssteigerung in der chemischen Industrie wird daher den Zuwachs des Grundstoffbereiches mehr als in den letzten beiden Jahren bestimmen. In den Investitionsgüterindustrien sind für mehrere wichtige Zweige (Fahrzeugbau, Elektrotechnik und Maschinenbau) weiterhin Fortschrittsraten von 10 vH und darüber zu erwarten.

In den traditionellen Verbrauchsgüterindustrien braucht man angesichts der Entwicklung der Massenbrinkommen ebenfalls nicht pessimistisch in die Zukunft zu blicken. Die Erzeugung wurde dort in diesem Jahr um etwa 8 vH gegenüber 1959 ausgedehnt, und dieser für den Verbrauchsgüterbereich sehr gute Fortschritt dürfte sich 1961 nur wenig verlangsamen. Für die Nahrungs- und Genussmittelindustrien (1960 + 3 vH) ist sogar eher eine Belebung anzunehmen, einmal aus Ernte-, zum anderen aus Strukturgründen, d. h. wegen des Überganges zu höherwertigen Erzeugnissen.

Im Bergbau wird die Produktion insgesamt nur sehr wenig, wenn überhaupt zunehmen, da der zu erwartende leichte Rückgang der Steinkohlenförderung von den Produktionsausweitungen in den anderen Zweigen des Bergbaus nur knapp ausgeglichen werden dürfte.

Die Investitionstätigkeit der Industrie ist 1960 in einem Maße intensiviert worden, wie es seit fünf Jahren nicht mehr der Fall war. Insgesamt wurde real um etwa 17 bis 18 vH mehr investiert als 1959. Bei weitem die größte Steigerung der Investitionen nahmen die Investitionsgüterindustrien vor (über 30 vH Mehrinvestitionen als 1959), aber auch die Grundstoffindustrien erweiterten ihre Anlagen beträchtlich (um 20 vH mehr als 1959). Im Bergbau haben die Investitionen 1960 nicht weiter abgenommen, nachdem sie dort 1959 geringer gewesen waren als 1958. Die Verbrauchsgüterindustrien haben ihren Investitionsaufwand 1960 wieder ähnlich wie 1959 (+ 8 vH) gesteigert. Nur in den Nahrungs- und Genussmittelindustrien wurden die Investitionen von 1959 in diesem Jahre nicht erreicht. Im nächsten Jahr wird die Investitionszunahme wie die Produktionsentwicklung voraussichtlich in den verschiedenen Bereichen wieder gleichmäßiger verlaufen. Das hohe Investitionsniveau, das in diesem Jahre erreicht wurde, dürfte insgesamt noch um etwa 8 vH überschritten werden. Der Unterschied ist jedoch zu gering, als daß er für das stetigere Tempo der Kapazitätsausweitung wichtig werden könnte. Die Kapazitäten nahmen 1960 um etwa 7 vH zu, 1961 wird die Zunahme etwa um ein halbes Prozent darüber hinausgehen. Diese jährlichen 7 bis 8 vH Kapazitätszuwachs, die einer Verdoppelung des Produktionsapparates in weniger als zehn Jahren entsprechen, sichern ein weiterhin sehr hohes Expansionstempo.

Die Übersicht unterrichtet darüber, wie sich die Komponenten des industriellen Produktionsprozesses nach der Vorstellung des DIW 1960 und 1961 entwickeln und in welchem Maße sie zum Produktionsfortschritt beitragen werden. Wie daraus hervorgeht, glaubt das DIW, daß 1961 ebenso wie 1960 der Anteil des Beschäftigungswachstums am Produktionswachstum

Produktion und Produktionsfaktoren der Industrie  
Geschätzte jährliche Zuwachsraten in vH

Bezeichnung	1960	1961
1. Kapazität . . . . .	7,1	7,5
2. Beschäftigte . . . . .	4,0	3,0
3. Kapitalintensität . . . . .	3,1	4,5
1. Kapazität . . . . .	7,1	7,5
4. Ausnutzung . . . . .	3,5	0,0
5. Struktureffekt . . . . .	0,5	0,5
6. Arbeitstage . . . . .	0,5	-0,5
7. Produktion, kalendermonatlich . . . . .	11,6	7,5
2. Beschäftigte . . . . .	4,0	3,0
6. Arbeitstage . . . . .	0,5	-0,5
8. Individuelle Wochenarbeitszeit . . . . .	0,0	0,0
9. Beschäftigungsvolumen . . . . .	4,5	2,5
3. Kapitalintensität . . . . .	3,1	4,5
4. Ausnutzung . . . . .	3,5	0,0
5. Struktureffekt . . . . .	0,5	0,5
10. Produktivität der Arbeit . . . . .	7,1	5,0
9. Beschäftigungsvolumen . . . . .	4,5	2,5
10. Produktivität der Arbeit . . . . .	7,1	5,0
7. Produktion, kalendermonatlich . . . . .	11,6	7,5

der Industrie etwa ein Drittel und der Anteil der Produktivitätsverbesserung etwa zwei Drittel ausmachen. Beide Komponenten werden jedoch 1961 weniger stark zunehmen als 1960.

#### Öffentliche Finanzen

Die seit dem vergangenen Jahr anhaltend starke Steigerung des Steueraufkommens der öffentlichen Haushalte hat sich in den letzten Monaten eher noch beschleunigt. Es ist damit zu rechnen, daß 1960 den öffentlichen Kassen aus Steuereinnahmen ein Gesamtbetrag von 68 Mrd. DM zufließen wird; der absoluten Höhe nach bedeutet dies gegenüber dem Vorjahr eine bisher noch in keinem Jahr erreichte Zunahme um 8,7 Mrd. DM. Die Zuwachsrate wird damit fast 15 vH betragen und die Expansion des gesamten Sozialprodukts erheblich übersteigen. Diese außerordentliche Entwicklung dürfte sich — etwas abgeschwächt — auch 1961 fortsetzen. Schätzungsweise wird das Steueraufkommen insgesamt mehr als 76 Mrd. DM (+ 12 vH) erreichen.

Die alle Erwartungen übertreffende Expansion der Steuereingänge wurde entscheidend durch die Entwicklung der Einkommensteuern — insbesondere aber der Lohnsteuer (1960 + 35 vH gegenüber Vorjahr) — bestimmt. Die Auswirkungen der Einkommensteuerreform von 1958 hatten zunächst zu einer nur schwachen, z. T. rückläufigen Entwicklung geführt. Seit Mitte 1959 hat sich das Aufkommen der einkommensabhängigen Steuern außerordentlich verstärkt und wird sich 1960 gegenüber dem Vorjahr nahezu um ein Viertel erhöhen. Auch für 1961 ist auf Grund der weiterhin kräftigen Einkommensexpansion immerhin eine nochmalige Zunahme um mehr als 15 vH zu erwarten.

Die einzelnen Gebietskörperschaften haben am Steuerzuwachs unterschiedlich teilgenommen. Da die Einkommensteuern überwiegend den Ländern zugute kommen, ist deren Finanzlage durch diese Entwicklung besonders begünstigt worden.

Die Steuereinnahmen der Länder werden 1960 und 1961 aller Voraussicht nach um 20 bzw. 16 vH, die des Bundes um 15 bzw. 11 vH und die der Gemeinden um 11 bzw. 10 vH zunehmen. Andererseits ist für 1960 das Soll der Länderhaushalte insgesamt nur geringfügig erhöht worden, so daß mit erheblichen Reservebildungen gerechnet werden kann. Trotz zusätzlicher Ausgaben ist bei den Länderhaushalten insgesamt auch im kommenden Jahr mit weiteren Überschüssen zu rechnen.

Im Bundeshaushalt 1960 sind erstmals keine Rückstellungen mehr angesetzt worden. Die Ausgaben —

**Entwicklung und Vorausschätzung des Steueraufkommens in der Bundesrepublik 1)**  
Schätzung des DIW; Stand November 1960

	Steueraufkommen in Mill. DM			Zunahme gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in vH		
	1959	1960	1961	1959	1960	1961
Einkommen- und Körperschaftsteuern, gesamt . . . . .	19 127	23 660	27 300	11,8	23,7	15,5
Bundessteuern, gesamt . . . . .	24 550	27 485	30 130	10,5	12,0	9,5
Bundesanteil an Einkommen- und Körperschaftsteuern . . . . .	6 695	8 280	9 555	11,8	23,7	15,5
Steuereinnahmen des Bundes, gesamt . . . . .	31 245	35 765	39 685	10,8	14,5	11,0
Ländersteuern, gesamt . . . . .	4 048	4 385	5 160	14,7	8,3	17,5
Länderanteil an Einkommen- und Körperschaftsteuern . . . . .	12 431	15 380	17 745	11,8	23,7	15,5
Steuereinnahmen der Länder, gesamt . . . . .	16 479	19 765	22 905	12,5	19,9	16,0
Gemeindesteuern, gesamt . . . . .	8 599	9 535	10 505	17,7	10,9	10,0
Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und Gemeinden, gesamt	56 323	65 065	73 095	12,3	15,5	12,5
Steuereinnahmen im Saarland, gesamt . . . . .	2 373	800	1 000		114,5	25,0
Sonderabgaben, gesamt . . . . .	2 559	2 100	2 000	11,9	-17,9	-5,0
Steuereinnahmen, insgesamt . . . . .	59 255	67 965	76 095	13,0	14,7	12,0

1) Einschl. West-Berlin. — 2) Seit 1. Juli 1959.

einschließlich der Verteidigungsausgaben — werden annähernd die Soll-Ansätze erreichen. Die gegenüber dem Soll höheren Steuereinnahmen — rund 1 Mrd. DM — werden jedoch dazu beitragen, daß der Bund die vorgesehenen Anleihebewilligungen nicht zu beanspruchen braucht. Der Bundeshaushalt 1961, dessen Gesamtvolumen bisher um 3 Mrd. DM höher als im Vorjahr liegt, weist z. Z. noch gewisse Unsicherheitsmomente bei bestimmten Mehrausgaben auf, wie Gehaltserhöhungen, Ausgaben für Entwicklungshilfe und Übernahme von Stationierungskosten für alliierte Truppen. Es ist aber damit zu rechnen, daß der bisherige Ansatz leicht überschritten wird und daher 1961 trotz Steuermehreinnahmen von etwa 1,5 Mrd. DM ein Anleihebedarf in der Größenordnung von 1 bis 2 Mrd. DM zu erwarten ist.

**Deutsche monetäre und konjunkturelle Aspekte**

Wenn die für 1961 aus den genannten Gründen zu erwartende Verlangsamung des realen Fortschritts so wie bisher mit einer Entwicklung der Gesamtnachfrage Hand in Hand gehen sollte, die das Angebotspotential konjunkturell optimal auslastet, ja tendenziell dieses Potential eher über- als unterschreiten wird — wofür vor allem die bereits jetzt verstärkten Möglichkeiten, Preissteigerungen durchzusetzen, sprechen —, so wäre unter konjunkturellen Aspekten wohl kaum mit einer ins Gewicht fallenden Zinssenkung zu rechnen. Andererseits ist jedoch, da nichts für eine plötzlich auftretende erneute Verstärkung im Zuwachs der Gesamtnachfrage spricht, auch eine Zinssteigerung unwahrscheinlich. Der Höhepunkt der seit Mitte 1959 nach oben gerichteten Zinsentwicklung ist im Sommer dieses Jahres mit etwa 7 vH erreicht worden. Die seitdem bereits auf etwas niedrigerer Basis zu beobachtende Tendenz zur Stabilisierung der Zinsentwicklung dürfte für absehbare Zeit anhalten.

Selbstverständlich darf hierbei nicht übersehen werden, daß der anhaltende Zinsrückgang in zahlreichen westlichen Industrieländern immer mehr dazu tendiert, auch das westdeutsche Zinsniveau in seinen Sog zu ziehen. Jedenfalls hat das zunehmende steile Zinsgefälle gegenüber dem Ausland dazu geführt, daß seit einiger Zeit wegen der verstärkten Kreditnahme

der Wirtschaft im Ausland der Devisenzufluß zu den Kreditinstituten erheblich größer ist als im Vorjahr.

Die vom Ausland auf das inländische Zinsniveau ausgehenden Tendenzen dürften sich jedoch so lange nicht maßgeblich durchsetzen, wie die Kassengestaltung der Öffentlichen Hand, die Liquiditätspolitik von Notenbank und Staat sowie die dadurch beeinflussten Zins-erwartungen von Banken und Wirtschaft noch im Zeichen der nach wie vor außergewöhnlich lebhaften Binnenkonjunktur stehen. So wird der Fiskus wahrscheinlich auch im kommenden Jahr infolge konjunkturell wachsender inlandswirksamer Einnahmeüberschüsse den Banken und der Wirtschaft in hohem Maße Liquidität entziehen. Überdies wird bekanntlich aus konjunktur- und zahlungsbilanzpolitischen Gründen die Abschöpfung namhafter Beträge erwogen. Unter diesen Umständen wäre auch kaum mit einer wirklich durchschlagenden Herabsetzung der Mindestreserven zu rechnen, die ja an sich ein beträchtliches Kapitalangebotspotential darstellen. Aus all diesen Erwägungen kann auch der Ermäßigung der Abgabesätze und des Diskonts keine wesentliche kapitalmarkt-politische Bedeutung beigemessen werden.

Der diesjährige Verlauf der westdeutschen Hochkonjunktur hat gezeigt, daß das zur Verfügung stehende wirtschaftspolitische Instrumentarium unzureichend ist, um das von der Wirtschaftspolitik immer wieder angestrebte Ziel einer Dämpfung der Gesamtnachfrage zu erreichen. Bei dem engen Zusammenhang der gerade infolge des besonderen Charakters des westdeutschen Aufschwungs als einer aus der Knappheit an Arbeitskräften stimulierten und sich selbst tragenden Investitionskonjunktur zwischen Gesamtangebot und Gesamtnachfrage besteht, ist es auch äußerst fraglich, ob eine Nachfragedämpfung den hiermit beabsichtigten Erfolg einer Preisstabilisierung erbracht hätte. Wenn die Preisentwicklung bisher keinen Anlaß zur Dramatisierung geboten hat, so waren hierfür zweifellos andere Faktoren als die — was die Nachfragedämpfung anbelangt — erfolglose Restriktionspolitik verantwortlich. Einer dieser Faktoren, der eine für das ruhige Preisverhalten der westdeutschen Wirtschaft wesentliche Rolle gespielt hat, nämlich die wachsende Konkurrenz des Auslandes, könnte auch im kommenden Jahr einen entscheidenden Beitrag für die zusätzliche Ausweitung des Gesamtangebots leisten.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170.  
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.  
Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.  
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.  
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.